



Wiener Wasser

Dorferneuerungsverein

Aufgedeckt: Spekulations- geschäfte der Gemeinde

Kröten

Zwentendorf: Ein Beispiel für gelebte Demokratie

Wasserspiele

„Wir haben eine einmalige Chance!“ „Wir haben genug diskutiert.“ „Wir müssen unsere Wasserleitung schnell an die EVN loswerden, bevor die kapieren, wie kaputt sie ist“

Alles echte Zitate aus den letzten Wochen rund ums Thema „Wiener Wasser und Wasserleitungsverkauf“. Zweifellos wollen viele GablitzerInnen Wiener Wasser lieber heute als morgen. Aber ist es wirklich so dringend, dass sich keine Kreditanfrage oder ein Gespräch mit der Gemeindeaufsicht ausgeht?

Die Variante des Anschlusses an die Wiener Hochquellwasserleitung unter Beibehaltung des eigenen Netzes wurde nur oberflächlich geprüft. Seitens der ÖVP aufgrund ideologischer Vorgaben, seitens der SPÖ weil es ihnen wurscht ist.

Worin besteht nun aber der Zeitdruck?

Wenn es eine technische Möglichkeit gibt – warum ginge es dann in einem halben Jahr nicht?

Wenn seitens Wiener Wasser und EVN sowieso ein langjährige Zusammenarbeit geplant ist – warum ist dann eine Entscheidung sofort erforderlich?

Wenn die EVN den Ankauf von Wasserleitungsnetzen als neuen Geschäftszweig etabliert – warum muss Gablitz dabei das erste Projekt in dieser Größenordnung sein? Könnte es sein, dass die Entscheidung im Jänner 2009 gar nicht aus technischen Gründen erforderlich ist?

Die Eröffnung im Februar 2010 hat aber sehr wohl einen triftigen Grund: Im März darauf sind Gemeinderatswahlen. Und der auch in seiner eigenen Partei nicht unumstrittene Bürgermeister Jelinek braucht dringend einen Erfolg, um nicht allzu viele Stimmen zu verlieren. Da kommt das Wasser gerade recht.

Gottfried Lamers



Es ist einmal an der Zeit die Entwicklung von Gablitzer BürgerInnenbeteiligungsprozessen näher unter die Lupe zu nehmen. Anhand der Entwicklung im Dorferneuerungsverein, der Vorgangsweise beim Bebauungsplan und die Fragestellung der Volksbefragung „Wiener Wasser“ ist ein eindeutiges Muster zu erkennen. Es ist modern und nützt dem Image die BürgerInnen einzubinden. Aber offenbar ist sich die ÖVP auch der Gefahr dabei bewusst. Es könnte so ausgehen, dass es nicht den Vorstellungen der Mehrheitspartei entspricht. Es wird daher versucht die Partizipationsprozesse kleinweise auszuhöhlen oder manchmal auch ganz auf die Ergebnisse der BürgerInnenbeteiligung zu pfeifen. Auch die jetzt angesetzte Volksbefragung spiegelt diese Unentschlossenheit. Es hat sich klar herauskristallisiert, dass sich mindestens ein Drittel der GablitzerInnen mit der geplanten Finanzierungsform und dem damit verbundenen Verkauf des gemeindeeigenen Wasserleitungsnetzes nicht anfreunden konnte. Trotzdem wird nur eine einzige Frage gestellt, die viele im Zwiespalt zurücklässt.

Meint

Ihr/Euer Gottfried Lamers

Gottfried Lamers
Tel. 02231/61 775

Wiener Wasser

Liebe Gablitzerinnen und Gablitzer,

Sie haben in den letzten Monaten mehrfach Gelegenheit gehabt, sich über die Vor- und Nachteile sowie die nicht unwesentlichen Bedingungen zu informieren.

Da diese Möglichkeit jedoch nur ca. 5 % der Bevölkerung wahrgenommen haben, sind die anderen auf die schriftlichen Informationen der Gablitzer Parteien angewiesen. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass diese Informationen (inklusive dem Amtsblatt) tendenziös sind und bestimmte Lösungen bevorzugen. Sie können sich daher aus den Parteizeitungen allein kein Gesamtbild machen.

Ich bin für den Anschluss ans Wiener Wasser, wenn der Preis für die BürgerInnen und die Gemeinde stimmt.

Der Preis setzt sich aus den individuellen Anschlussgebühren und dem Preis für die öffentliche Infrastruktur zusammen. In der derzeit vorgeschlagenen Form bezahlen die GablitzerInnen jedoch die Neuinvestition von 1 Mio. € mit einem funktionierenden (wenn auch renovierungsbedürftigen) Wasserleitungsnetz. Dieses wurde von den GablitzerInnen komplett ausfinanziert (demnächst läuft die letzte Kreditrate ab) und kostete insgesamt 6,3 Mio. €.



Dieser Preis ist definitiv zu hoch.

In einer Zeit in der sich die bedingungslose Privatisierung von Gemeingut als falsch herausgestellt hat, verscherbelt die Gemeinde ihr Wasserleitungsnetz.

Jede/r von uns erklärt den Kindern, dass man/frau sparen muss, um sich etwas leisten zu können. Wenn die GablitzerInnen Wiener Wasser wollen, müssen die dafür bezahlen. Entweder durch hohe Wassergebühren oder durch einen Kredit der über die Erhöhung diverser anderer Gebühren zurückgezahlt wird. Die Belastungen dadurch sind abseh- und kalkulierbar. Somit kann auch jede/r selbst entscheiden, was ihr oder ihm die Wasserqualität wirklich wert ist.

Durch den Verkauf des Netzes greifen wir auf den Besitzstand der Allgemeinheit und der zukünftigen Generationen zu. Von unserer heutigen Entscheidung sind auch unsere Kinder betroffen, da sie auf Gedeih oder Verderb einem privaten gewinnorientierten Konzern ausgeliefert sind.

Gablitz hat in der Vergangenheit für viel unnötigere Investitionen Kredite aufgenommen.

Das Problem besteht jedoch darin, dass die jetzt gestellte Frage nur eine Antwortmöglichkeit zulässt. Es gibt keinen vernünftigen Grund die technische Frage des Anschlusses ans Wiener Wasser mit der Form der Finanzierung zu verknüpfen. Seriöserweise müsste eine zweite Frage gestellt werden, ob wir uns das Wasser mit dem Verkauf des Leitungsnetzes oder durch einen Kredit leisten wollen.

Ich persönlich werde daher mit NEIN stimmen, um die Chance auf eine weitere Abstimmung mit einer besseren Fragestellung zu bekommen.

Gottfried Lamers

Dorferneuerungsverein

Viele Gemeinden nutzen die Möglichkeit, Ideen der Bevölkerung im Rahmen eines Dorferneuerungsvereins zu erarbeiten und - wenn möglich - in konkrete Projekte umzusetzen.

So wurde auch bei uns gemeinsam mit interessierten EinwohnerInnen seit Herbst 2005 ein Leitbild für Gablitz erstellt und in Arbeitsgruppen bestimmte Projekte geplant. Dabei gab es, nachzulesen auf der Gablitzer Homepage, viele gute Vorschläge, trotz einer eher geringen Beteiligung der Bevölkerung. Da sich zu wenig Freiwillige für die Leitung der Projektgruppen meldeten, übernahmen Mitglieder des Gemeinderates aus allen Fraktionen diese Aufgabe. Wie mir von vielen Seiten berichtet wurde, kam es bei dieser Konstellation zu ernstlichen Zerwürfnissen zwischen ProjektmitarbeiterInnen und Mitgliedern des Gemeinderates.

Das Resümee manch enttäuschter BürgerIn: „Es durfte nur gelten, was von der ÖVP kam, das Ganze wurde zu einem parteipolitischen Streit“, etc. Viele zuerst aktive MitarbeiterInnen zogen sich frustriert aus dem Verein zurück. Konrad Tiefenbacher, Leiter des Regionalbüros Weinviertel und zuständig für den Gablitzer DORN betont, dass die Idee der Dorferneuerung grundsätzlich überparteilich wäre.

Das Projekt „Mehrgenerationenhaus“, das in einer Arbeitsgruppe gestaltet wurde, ist nur ein Beispiel für die Missachtung des Engagements der ProjektmitarbeiterInnen. Hinter der Glashalle sollte ein Mehrgenerationenhaus mit Kommunikations- und Bildungszentrum entstehen, das außer der geplanten Senioren- und Jungfamilienwohnungen einen richtigen Treffpunkt für die GablitzerInnen bieten könnte. Der Entwurf dieses Zentrum wurde bis jetzt nicht der Bevölkerung vorgestellt, die weitere Planung des Objektes findet hinter verschlossenen Türen in einer politischen Arbeitsgruppe statt.

Die Motivation und das Wissen vieler Gablitzer ExpertInnen wurden durch unsensibles Vorgehen der politischen EntscheidungsträgerInnen nicht richtig genutzt und gewürdigt.

Sigrid Krakowitzer



■ Aufgedeckt: Spekulationsgeschäfte der Gemeinde

In der letzten Gemeinderatsitzung hat die GRÜNE Liste Gablitz aufgedeckt, dass sich offenbar auch die Gemeindeverwaltung an den weltweiten Spekulationsgeschäften beteiligt hat! Ohne Einbindung des Gemeinderats hat die Gemeinde in Silber und Gold investiert.

Es wurden ca. 300 Ehrennadeln in Gold und Silber angeschafft. Da pro Jahr nur ca. 3 – 5 MitbürgerInnen damit geehrt werden (in Wahljahren natürlich mehr), würde dieser Vorrat locker 70 – 80 Jahre reichen. Dafür gibt es 2 Erklärungen: entweder gibt es eine Inflation an Ehrungen oder es handelt sich um wilde Edelmetallspekulation.

Da es zwar viele verdiente MitbürgerInnen gibt aber nicht alle eine Ehrennadel bekommen können, unterstellen wir der Gemeinde schnöde Gewinnsucht. Sie hat damit hoffentlich mehr Erfolg als die NÖ-LG beim Verspekulieren etlicher Millionen EURO.

■ Kröten

Ab Ende Februar beginnt, je nach Witterung, wieder der Laichzug der Kröten und Amphibien in unseren Siedlungen, bevorzugt vom Wald zu Feuchträumen und Teichen in Gärten, oftmals über befahrene Straßen. Viele finden dabei den Tod. Wir möchten daher das Angebot der Gemeinde Gablitz unterstützen und noch weitere „Krötenhinweistafeln“ aufstellen.

Wir ersuchen daher alle GablitzerInnen die Haupttrouten und kritischen Stellen an Fritz Weiss, 02231/61315, GR Gottfried Lamers 02231/61775 oder GR Bernhard Haas, 0676/500 2936 zu melden.

Per E-Mail geht das am besten unter: liste.gablitz@aon.at

Zwentendorf: Ein Beispiel für gelebte Demokratie

Das AKW Zwentendorf wurde vor 30 Jahren mittels Volksabstimmung verhindert. Nie vorher und nie nachher hat das Parlament die Entscheidung in einer wichtigen Zukunftsfrage dem Volk überlassen.

Das fertig gebaute AKW Zwentendorf ist nie in Betrieb gegangen, die größte und wohl teuerste Industriearbeit Österreichs. Dennoch: Ein riesiger volkswirtschaftlicher Nutzen, auch wenn einige Unbelehrbare im Umfeld der Energie-Gesellschaften noch immer nicht müde werden, den Ausgang der Volksabstimmung vom 5. November 1978 zu beklagen und – zum Glück ohne jede Chance auf Realisierung – immer noch versuchen, die Atomkraft in Österreich doch noch einzuführen.

Der Bau war 1976 begonnen worden und sollte laut Energieplan 1976 eines von drei österreichischen AKWs sein; das zweite AKW war in St. Pantaleon-Erla, an der Grenze zwischen NÖ und OÖ geplant.

In Zwentendorf finden fallweise Führungen statt, Teile des Gebäudes können für Veranstaltungen angemietet werden, aber alle Pläne zur energetischen Nutzung des Werkes (auch mit anderen Brennstoffen) scheinen ad acta gelegt worden zu sein.

Was heute – lange nach Tschernobyl, nach Three Mile Island, nach Sellafield und den vielen anderen kleineren und größeren Pannen, Unfällen und Katastrophen – so trocken und fast logisch klingt, war damals auf den Straßen, in den Betrieben und auch in den Familien heftig umstrittenes Dauerthema.

Dabei ging es nicht nur um verschiedene Einschätzungen der Gefährlichkeit der Technologie an sich und der Risiken des konkreten Reaktortyps, der in Zwentendorf zum Einsatz kommen sollte, sondern um weit Grundsätzlicheres. Es ging vor allem auch um die Legitimität der Beurteilung neuer technologischer Entwicklungen durch

Nicht-Fachleute auf diesem Gebiet und um die Frage, wie weit in einem Bereich, den die Fachleute als den ihren reklamierten, direkt demokratische Entscheidungen überhaupt sinnvoll und statthaft sein können.

In beiderlei Hinsicht ist dabei die Zwentendorf-Abstimmung ein Meilenstein der Entwicklung in Österreich, ein Wendepunkt wohl nur in der Frage der Technikfolgen-Abschätzung, nicht so sehr im Hinblick auf eine nachhaltige Weiterentwicklung der Demokratie.

Seit der hauchdünnen Zwentendorf-Entscheidung, die durch nachfolgende Katastrophen und durch eine ganz andere Einschätzung neuer Risiken – etwa Terroranschläge auf Energiegewinnungsanlagen – heute breiteste Anerkennung und allgemeine politische Akzeptanz genießt, ist es in wesentlichen Fragen, wie der neuer Technologien, wie etwa der Gentechnik in Landwirtschaft und Ernährung, nicht mehr möglich, den Leuten, der Bevölkerung das eigenständige Nachdenken und die freie Meinung zu verbieten.

Zu oft haben sich die so genannten Fachleute geirrt, zu oft haben sie sich als gekauft und nicht unabhängig herausgestellt und zu negativ waren die sozialen Folgewirkungen von oktroyierten Gefahren-Technologien.

In Angelegenheiten der eigenen Zukunft, des eigenen Wohlbefindens in einer als sicher erlebten Umwelt sind wir alle Expertinnen und Experten.

Damals war das alles keine Selbstverständlichkeit; ich erinnere mich gut an heftige Wortgefechte mit Befürwortern der Atomenergie, die uns jede Kompetenz zum Mitreden absprachen und sogar verlangten, die Gegnerinnen und Gegner der Atomkraft sollten für



**Dr. Madeleine Petrovic,
Klubobfrau der Grünen NÖ**

die frustrierenden Kosten der Errichtung von Zwentendorf aufkommen ...

In Sachen Demokratie-Entwicklung in Österreich war die Zwentendorf-Abstimmung leider eine Eintagsfliege: Es war die einzige nicht obligatorische Abstimmung über ein Gesetz in Österreich in der Zweiten Republik. Nie vorher und nie nachher hat das Parlament die Entscheidung in einer wichtigen Zukunftsfrage dem Volk überlassen. Freilich sind alle Entscheidungen der Parlamente demokratisch voll legitimiert, doch wenn die Verfassung schon die Möglichkeit vorsieht, auch direkte legislative Entscheidungen des eigentlichen Machthabers in die Wege zu leiten, dann sollte von dieser Möglichkeit in ganz wichtigen Fragen der Zukunft des Landes doch auch Gebrauch gemacht werden; den Regierenden sind schon unverbindliche Volksbegehren merklich unangenehm.

Heute bemerke ich leider eher das Gegenteil: Je heikler eine Materie ist, desto mehr wird sie förmlich am Volk vorbeigeschwindelt. Gleichzeitig wird vielfach Klage geführt, es fehle vor allem der Jugend an demokratischer Reife. Ja, woher soll denn die Reife kommen, wenn eigenständige Meinungen offenbar unerwünscht sind?!?

30 Jahre nach der Zwentendorf-Abstimmung wäre es doch der demokratiepolitisch konsequente nächste Schritt, andere Willensäußerungen des Volkes, die etwa im Tierschutz-, Gentechnik und Frauen-Volksbegehren zum Ausdruck kamen, endlich einer bindenden Volks-Entscheidung zuzuführen.

